

Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 100572
10565 Berlin
Deutschland

Silke R.

Stellungnahme zum „Netzentwicklungsplan Strom 2014 –
Maßnahme D9 Lauchstädt-Meitingen
(Gleichstrompassage Süd-Ost)

17-05-2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit dem „Netzentwicklungsplan Strom 2014 -Erster Entwurf“ vom 16.04.2014 bin ich nicht einverstanden.

Ich nehme in folgenden Punkten bezüglich der geplanten Netzausbaumaßnahmen D09 des Netzentwicklungsplans Strom 2014 Stellung:

(1)

Ein Netzausbau in der derzeit geplanten Form der Trasse Maßnahme D9 und D10a/b entspricht nicht mehr den derzeit aktuell vorliegenden Zahlen, da vor allem in der Region Franken und der Oberpfalz immer mehr dezentrale erneuerbare Energieprojekte geplant, realisiert und in Bau sind.

Die Landkreise streben einen Ausbau der Selbstversorgung aller privaten, öffentlichen und gewerblichen Stromverbraucher mit im Landkreis vorrangig regenerativ erzeugten Strom an. Aber auch darüber hinaus, d.h. Bayern- und Deutschlandweit ist die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Trasse derzeit nicht nachgewiesen.

Eine derartige Entwicklung war zum Zeitpunkt der Erstellung der geplanten Szenarien nicht abzusehen.

Daher widerspreche ich dem derzeitigen Netzentwicklungsplan in der heutigen Fassung und fordere eine umgehende Überarbeitung.

(2)

Die Möglichkeit, in Bayern vorhandene und neu zu errichtende Gaskraftwerke zur Grundlastsicherung einzusetzen, wird im NEP unter Hinweis auf die derzeit geltenden Marktbedingung zu Unrecht vernachlässigt (Seite 242).

Diese Marktbedingungen sind aufgrund ihrer Abhängigkeit von gesetzlichen und politischen Vorgaben ständig und gerade derzeit im Wandel begriffen. Die Verteuerung von CO₂-Zertifikaten, zieht den wirtschaftlicheren Betrieb von Gaskraftwerke nach sich.

Letzteres gilt auch dann, wenn es künftig bei Gaskraftwerden zu Redispatch-Vereinbarungen kommen sollte, so wie bei den Kraftwerksblöcken Irsching 4 und 5.

Diesen von der Stilllegung bedrohten Kraftwerksblöcke worden im April 2013 durch eine Vereinbarung zwischen dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT und den Kraftwerksbetreibern in Abstimmung mit der BNetzA durch eine Redispatch-Maßnahme bis Anfang 2016 kontrahiert.

Damit haben sich die Kraftwerksbetreiber verpflichtet, die beiden Kraftwerksblöcke nicht stillzulegen. Im Gegenzug erhalten sie Gelder für den Weiterbetrieb. Diese Vereinbarung wurde von der Bayrischen Staatsregierung ausdrücklich begrüßt.

Diese hat sich zuletzt für den Neubau von Gaskraftwerken ausgesprochen - zu dem Zweck, den Bau der Gleichstrompassage Süd-Ost überflüssig zu machen. Dies lässt der NEP unberücksichtigt.

(3)

Die Aussage des NEP, die Gleichstrompassage diene lediglich dem Transport von Strom (nur) aus regenerativen Energiequellen (S. 244) ist anzuzweifeln, da der Einspeisungspunkt in einer Region liegt, die von Braunkohlekraftwerken geprägt ist.

Daher ist davon auszugehen dass die Trasse nicht Windenergie aus Off-Windshoreanlagen aus dem Gebiet Güstrow, sondern in großem Umfang Braunkohlestrom transportieren wird. Dieses belastet unsere CO₂-Bilanz in einem nicht akzeptablen Umfang und steht im Gegensatz zur Energiewende.

(4)

Die geplanten Maßnahmen

- berücksichtigt keine Mindestabstände zu vorhandenen Bebauungen. Gesundheitliche Auswirkungen auf die Menschen sind nicht ausreichend untersucht,
- führen zu einem immensen Wertverlust von Grundstücken und Immobilien und zerstören so die Lebensgrundlage der Anwohner. Dies ist nicht akzeptabel.
- ermöglichen vorzeitige Besitzeinweisung und nachfolgende Enteignungen.

(5)

Eine umfangreiche Fachinformation von 400 Seiten in Fachsprache als Laie zu beurteilen ist unzumutbar. Somit kann ich die gesetzlich vorgeschrieben Bürgerbeteiligung nicht in der Form wahrnehmen, wie es notwendig ist. Dagegen widerspreche ich hiermit ausdrücklich. Darüber hinaus gibt es derzeit keine Bürgerveranstaltungen. Ein demokratischer Prozess, wie von Amprion und der Bundesregierung zugesagt, kann so nicht stattfinden.

Auch dagegen widerspreche ich ausdrücklich und verlange, Städte, Gemeinden, Bürgerinitiativen und Bürger in den Prozess einzubinden und zu jeder Zeit effektiv zu informieren über die Veranstaltungen, Presse, E-Mail, Internet und Postweg.

(6)

Die geplanten Maßnahmen

- gefährden und bedrohen im hohen Maße sensible Landschafts- und Trinkwasserschutzgebiete
- sie zerstören immense Flächen an Wald (allein in Bayern mind. 12,5 qkm),
- sie zerstören einen erheblichen Teil unserer Naherholungsgebiete.

(7)

Wenn die Notwendigkeit der Gleichstrompassage Süd/Ost dennoch von unabhängigen Gremien festgestellt sein sollte und realisiert wird, dann fordere ich:

- den Trassenverlauf entlang vorgeschädigter Flächen (z.B. durchgehend an Autobahnen oder Bahnlinien)
- Erdverkabelung in sensitiven Bereichen, wo Wohngebiete zu nahe (näher als 1 km) kommen
- eine angemessene Entschädigung der Eigentümer zu den marktüblichen Preisen von vor der Stromtrassenplanung.

Mit freundlichem Gruß, Silke R.